

Anlage 3



KREISTAGSFRAKTION
RHEINGAU-TAUNUS

Geschäftsstelle
Liebigstraße 12
65307 Bad Schwalbach
Tel. (0 61 24) 725 999
E-Mail: cdu-fraktion.rheingau-taunus@t-online.de

29.01.2026

Herrn
Kreistagsvorsitzenden
André Stolz
Heimbacher Str. 7
65307 Bad Schwalbach

JS
29.01.2026

Konkurrierender Antrag zu TOP III.8 Unterstützern der Umgehung der Bezahlkarte die Unterstützung entziehen

Sehr geehrter Herr Stolz,
die CDU-Kreistagsfraktion beantragt folgendes:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, zu prüfen, wer im Rheingau-Taunus-Kreis die auf der Webseite „hessensagtnein.de“ genannten Umtauschaktionen im Zusammenhang mit der Bezahlkarte für Asylbewerber betreibt.
2. Der Kreisausschuss wird gebeten, etwaig identifizierte Verantwortliche in geeigneter Weise auf die demokratische Legitimation sowie den staatlichen Zweck der Bezahlkarte hinzuweisen und sie nachdrücklich aufzufordern, derartige Umgehungsmaßnahmen zu unterlassen.
3. Sofern sich aus der Prüfung Hinweise auf ein vorsätzliches Unterlaufen staatlicher Maßnahmen ergeben, wird der Kreisausschuss gebeten zu veranlassen, dass die zuständigen Stellen eine strafrechtliche Bewertung vornehmen.
4. Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag zeitnah und anonymisiert über die Ergebnisse der Prüfung und etwaige Maßnahmen zu berichten.

Begründung:

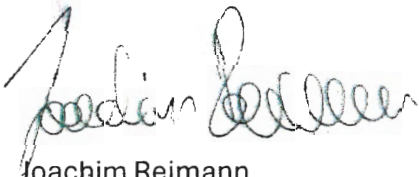
Im Antrag der AfD-Fraktion wird behauptet, dass Organisationen im Stadtgebiet von Idstein gezielt gegen die Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber agieren. Grundlage dieser Behauptung ist ein Eintrag auf der Webseite „hessensagtnein.de“, in dem ein Veranstaltungsort

in Idstein für den Tausch von Gutscheinen in Bargeld genannt wird. Eine öffentlich überprüfbare Verbindung zu bestimmten Organisationen vor Ort ist derzeit nicht belegbar.

Der Kreistag distanziert sich von politisch motivierten, unbelegten Verdächtigungen gegenüber einzelnen Gruppen oder Vereinen. Gleichzeitig gilt es, tatsächlichen Umgehungsversuchen staatlicher Maßnahmen entschieden entgegenzutreten. Die Bezahlkarte ist Teil einer auf demokratischem Wege beschlossenen, verfassungs- und grundrechtskonformen Regelung zur transparenten und effizienten Ausgestaltung von Leistungen an Asylbewerber.

Sollten vorsätzliche Handlungen vorliegen, die sich gezielt gegen diesen Zweck richten, und gar öffentlich beworben werden, sind diese aufzuklären und erforderlichenfalls einer strafrechtlichen Prüfung zuzuführen.

Die Bevölkerung ist insgesamt aufgerufen, demokratisch legitimierte Maßnahmen zu respektieren und nicht durch gezielte Unterlaufungen zu schwächen. Das Vertrauen in rechtsstaatliches Handeln und die politische Handlungsfähigkeit aller staatlichen Ebenen ist ein hohes Gut, das es zu schützen gilt.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Joachim Reimann', with a stylized, cursive script.

Joachim Reimann

Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus